

sehen Volkes, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Unsere Partei, fühlt sich aufs engste mit der KPD verbunden und solidarisch. Der Kampf um die Beseitigung des widerrechtlichen Verbots der Kommunistischen Partei in Westdeutschland ist ein entscheidender Teil des Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer demokratischen Rechte.

Die rigorose Abwälzung der Lasten der Rüstung und der sozialen Folgen der technischen Revolution, insbesondere der Automation, auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung sowie die Krisenerscheinungen in der westdeutschen Wirtschaft lassen unter den westdeutschen Arbeitern die Illusion von der „Sozialpartnerschaft“ und der „krisenfreien und klassenlosen Wohlstandsgesellschaft“ schwinden. Die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse erkennen, daß angesichts der gewaltigen Konzentration des Kapitals im Zuge der technischen Revolution, des zunehmenden Druckes der Monopole und der unumschränkten Herrschaft des Finanzkapitals in allen Lebensbereichen der Sozialismus auch in Westdeutschland die grundsätzliche Alternative ist.

Infolge der perspektivlosen, menschheitsgefährdenden Politik des Monopolkapitals hat das Unbehagen in den Reihen der humanistischen Intelligenz zugenommen. Die neonazistische Gefahr alarmiert viele demokratische Geistesschaffende, die bereit sind, sich mit der Arbeiterklasse im Ringen um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt zu verbünden.

Unter Teilen der westdeutschen Bevölkerung, vor allem unter der Jugend, hat sich der Protest gegen den mörderischen USA-Krieg in Vietnam und gegen die Unterstützung und Verherrlichung dieses Aggressionskrieges durch das Bonner Regime verstärkt. In einer Reihe von Städten wurden mutige Aktionen gegen die USA-Aggression unternommen.

Der Gegensatz zwischen der reaktionären innenpolitischen Entwicklung in Westdeutschland und dem demokratischen Streben insbesondere der Gewerkschaften und der humanistischen Intelligenz widerspiegelte sich im Widerstand gegen die geplante Notstandsdictatur. Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze und zum Schutze des Bonner Grundgesetzes, die zeitweilig zum Erliegen gekommen war, entwickelte sich im Frühjahr 1965 erneut und fand im Oktober 1966 im Kongreß „Notstand der Demokratie“ einen Höhepunkt gemeinsamen Protestes aller konsequenten Demokraten. Sie hat dazu beigetragen, die Zeitpläne der Notstands- und Revanchepolitiker zu stören. In dieser Bewegung zeigen sich Möglichkeiten und Per-